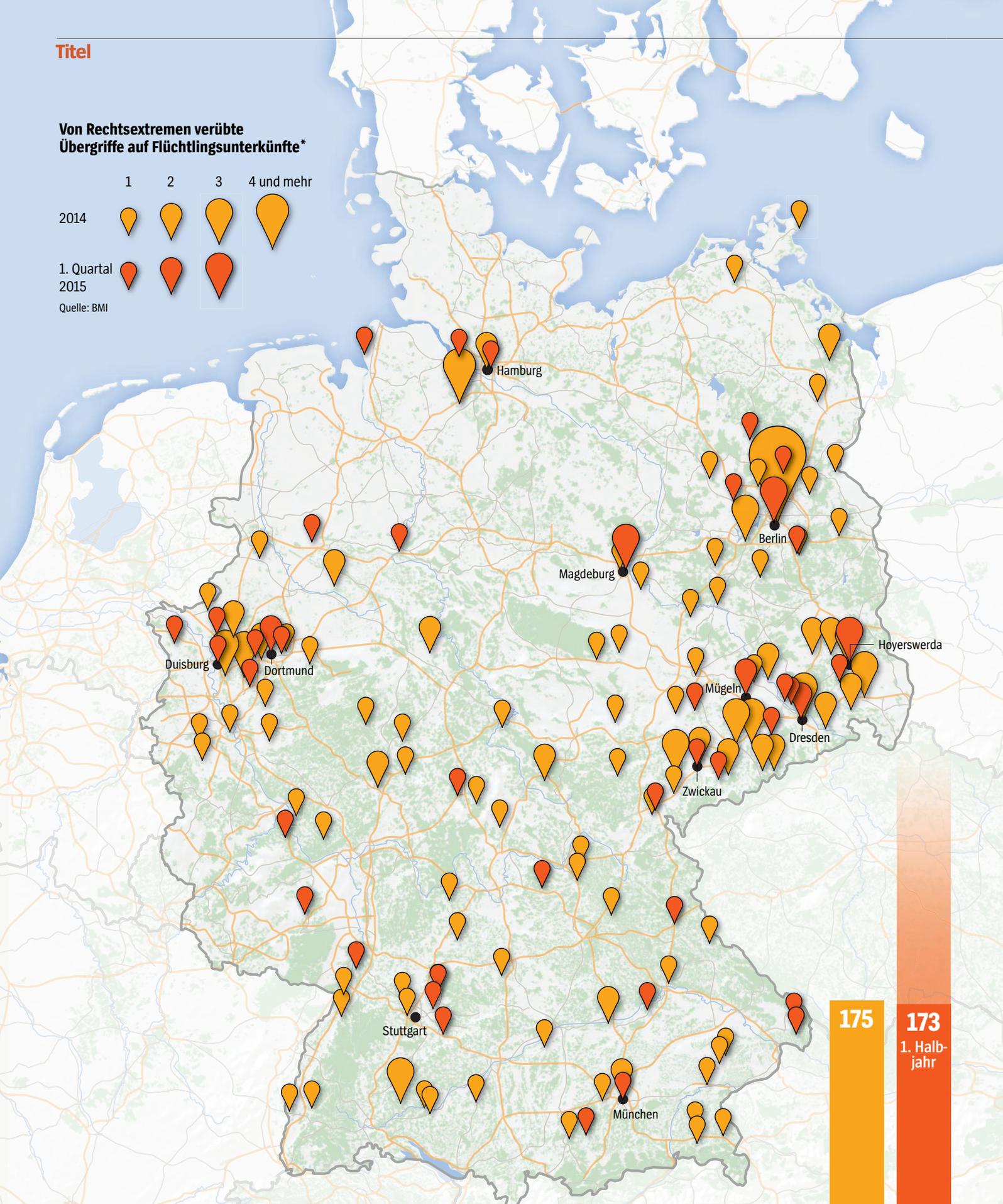
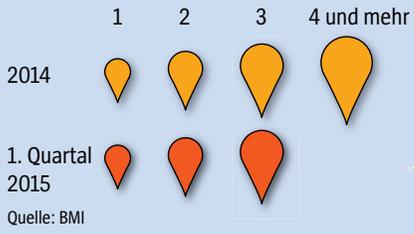


**Von Rechtsextremen verübte
Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte***



175
2014

173
1. Halb-
jahr
2015

* darunter Anschläge, verfassungsfreundliche Schmierereien und Skandieren volksverhetzender Parolen



Brand im geplanten Flüchtlingsheim in Tröglitz



Der Hass und die Heime

Gewalt In den ersten sechs Monaten dieses Jahres attackierten Rechte in Deutschland beinahe täglich Unterkünfte für Asylbewerber. Flüchtlinge fürchten um ihr Leben.

An einem Montagabend im Juli hat Samuel Osei Todesangst. Zwei Neonazis belagern den Plattenbau am Stadtrand von Greifswald, in dem Osei untergebracht ist. Die beiden Männer sind angetrunken. Sie pöbeln. Osei, Asylbewerber aus Ghana, tritt auf den Balkon. Er versucht, sie zu beschwichtigen. Er ruft: „Es tut mir leid!“ Die Rechten werden noch aggressiver. Sie brüllen. Einer der beiden zieht sein T-Shirt aus, Osei erkennt ein Hakenkreuz auf der Brust.

Die Männer stürmen das Haus. Sie hämmern gegen Oseis Wohnungstür. Sie drehen im Keller die Sicherung heraus. Osei kauert in seinem Zimmer im Dunkeln. Er ruft einen Freund an. Der verständigt die Polizei. Als die Beamten eintreffen, sind die Angreifer schon weg.

Wenn Samuel Osei von jenem Abend vor eineinhalb Wochen erzählt, bricht seine Stimme. Die Spuren der Attacke sind noch zu sehen: Die Tür ist eingedellt, der Spion zersplittert. „Diese Typen wollten etwas zu Ende bringen“, sagt er.

Osei, 29, lebt seit acht Monaten in Deutschland. Er lernt Deutsch, er jobbt als

Umzugshelfer für andere Flüchtlinge. Osei mag Greifswald, er mag das Meer, die Altstadt. Die meisten Menschen im Ort seien freundlich und hilfsbereit. Die Anfeindungen der Rassisten treffen ihn schwer.

Einer der Angreifer habe ihn schon früher auf der Straße beschimpft. Mehrmals wurde der Briefkasten vor seiner Wohnung demoliert. Der Ghanaer besitzt Fotos

der beiden Angreifer und hat bei der Polizei ausgesagt. Der Staatsschutz ermittelt. „Das war mentale Folter“, sagt Osei.

Deutschland ist in diesen Tagen ein gespaltenes Land. Einerseits ist die Solidarität mit Flüchtlingen in der Bundesrepublik so groß wie selten zuvor. In der ganzen Republik haben sich Initiativen gegründet, die Asylbewerbern im Alltag helfen.

Andererseits ist das Land mancherorts schwer zu ertragen. Rassistische Gewalt nimmt zu. Das Bundesinnenministerium verzeichnet für die ersten sechs Monate dieses Jahres 173 rechte Straftaten gegen Asylunterkünfte – fast dreimal so viele wie im Vorjahreszeitraum.

Zwischen Januar und Juni 2015 attackierten beinahe jeden Tag Rassisten in Deutschland ein Asylbewerberheim. Die Dunkelziffer dürfte noch höher liegen, viele Flüchtlinge schrecken davor zurück, Vorfälle bei der Polizei zu melden. „Wir müssen mit weiteren Straftaten gegen Asylunterkünfte rechnen“, sagt Holger Münch, der Präsident des Bundeskriminalamts.

Joachim Gauck hat die Anschläge in einer Rede im Schloss Bellevue als „wider-



IM NETZ VERBREITET: Asylgegner hatten beim Google-Dienst My Maps Standorte von Flüchtlingsheimen markiert – zum Teil mit Adresse. Viele sahen darin einen Aufruf zu Gewalt. Die Firma schloss die Seite inzwischen.



Asylfeinde in Freital: Deutschlands hässlichste Seite

wärtig“ verurteilt. Heiko Maas (SPD) spricht von einem „Angriff auf unsere Gesellschaft“. Doch während sich Bundespräsident und Bundesjustizminister um den sozialen Frieden in Deutschland sorgen, zündeln andere. CSU-Chef Horst Seehofer schwadronierte von „massenhaftem Asylmissbrauch“.

Die Attacken auf Flüchtlinge tragen sich vermehrt im Osten zu, aber nicht nur dort. Auch in Bayern und Rheinland-Pfalz brannten Unterkünfte, rufen Neonazis zur Jagd auf Einwanderer auf. Manche Szenen erinnern an die Pogrome gegen Migranten in Deutschland in den Neunzigerjahren. Kommt mit den steigenden Flüchtlingszahlen auch Deutschlands hässlichste Seite wieder zum Vorschein?

Meißen: Mitten in der Stadt

Das etwas passieren würde, hatte sich angekündigt: Drei Wochen bevor Flüchtlinge in das Mietshaus in der Altstadt von Meißen, Sachsen, ziehen sollten, hefteten Unbekannte einen Zettel an die Tür. Auf Deutsch und sicherheitshalber auch auf Englisch forderten sie die Neuankömmlinge auf, Meißen schnell wieder zu verlassen. Hauseigentümer Ingolf Brumm verständigte die Polizei, doch die sah keinen Grund zu ermitteln.

Bald darauf ging das Gebäude in Flammen auf. Jemand hatte mit Brandbeschleuniger nachgeholfen, das Feuer verbreitete sich schnell. Der Ruß fraß sich durch drei Geschosse bis unters Dach. Nun müssen Böden neu verlegt, Türen herausgerissen und ersetzt werden, ein Sachschaden von etwa 200 000 Euro. „Das war ein Anschlag mit Ansage“, sagt Brumm.

Viele der Übergriffe ereigneten sich in Sachsen. Der Freistaat hat sich zum Zentrum rassistischer und rechtsextremer Agitatoren entwickelt. Die Terrorzelle NSU fand in Zwickau über Jahre Unterschlupf und Unterstützer. Die NPD zog wiederholt in den sächsischen Landtag ein. Bei der Wahl im vergangenen Sommer scheiterten die Rechtsextremen knapp; auch deshalb, weil die Rechtspopulisten der AfD fast zehn Prozent der Stimmen holten. Im Winter gingen in Dresden montags Tausende Anhänger der Pegida-Bewegung gegen Muslime und Flüchtlinge auf die Straße. Sachsens Rassisten versammeln sich nun regelmäßig vor einem Asylbewerberheim in Freital. Die Demonstranten skandieren „Ausländer raus!“ und „Lügenpresse! Lügenpresse!“

Die sächsische Landesregierung ließ die rechtsextremen Umtriebe jahrelang laufen. Erst vor Kurzem konnte sich Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) im

Dresdner Landtag zu einer Verurteilung der rassistischen Taten aufrufen. Vorher hatte seine Partei wiederholt versucht, die aufgeheizte Stimmung politisch auszunutzen, statt sich der Hetze entgegenzustellen. Innenminister Markus Ulbig kündigte nach den ersten Pegida-Protesten an, Polizeisondereinheiten gegen straffällige Asylbewerber einzusetzen.

In Meißen fällt der CDU die Abgrenzung gegenüber Rechtspopulisten schwer. Pegida-Mitgründer Thomas Tallacker saß für die christdemokratische Partei im Meißner Stadtrat. Erst als er auf Facebook gegen „halb verhungerte Ramadan-Türken“ hetzte und Flüchtlinge als „ungebildetes Pack“ beschimpfte, musste er sein Mandat niederlegen. CDU-Mitglied ist er bis heute. Landrat Arndt Steinbach findet, die Christdemokraten dürften den Dialog mit NPD-Anhängern nicht verweigern. Und bringt schon mal ein Gefängnis als Unterbringung für Flüchtlinge ins Gespräch.

An einem Juliabend, drei Wochen nach dem Brandanschlag, haben sich etwa 400 Anhänger der Bürgerinitiative „Heimatschutz“ auf dem Marktplatz in Meißen zu einer Kundgebung versammelt. Rentner sind unter den Demonstranten, Familienväter mit Kindern, aber auch ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der NPD. Sie tragen Deutschlandfahnen.



„Meißen sagt Nein zu Asylbetrug und Politikversagen“, steht auf einer Stoffbahn geschrieben.

Der Leipziger Aktivist Stephane Simon hält eine Rede. Er ist in der sächsischen Neonazi-Szene vernetzt, trat im Winter bei Pegida auf, nun spricht er vom Untergang Deutschlands. „Die Brandstifter sind nicht diejenigen, die das Flüchtlingsheim angezündet haben“, sagt er später am Abend, „die Brandstifter sind die Politiker, die es bauen ließen.“

Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, untersucht seit vielen Jahren die Vorurteile der Deutschen gegenüber verschiedenen Gruppen. Die Rassisten, sagt er, würden weniger, aber zugleich radikaler. Militante Rechtsextremisten fühlten sich durch die Zustimmung, die sie auf asylfeindlichen Demonstrationen wie etwa in Freital erfahren, bestärkt zu handeln.

Polizei und Verfassungsschutz haben bislang keine Belege dafür, dass sich Brandstifter und Hetzer bundesweit vernetzen. Die Ermittler gehen davon aus, dass Einzeltäter und Kleinstgruppen Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte begehen. Aber die Übergänge zum organisierten Extremismus sind fließend.

Halle: Alltäglicher Terror

Auf der Silberhöhe, einem Bezirk der Stadt Halle, jagen Neonazis, angefeuert von Anwohnern, nach Angaben des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt seit einem Jahr Roma. Die Täter sollen die Migranten mit Messern und Elektroschockern attackiert und Autos angezündet haben. Hunderte Hallenser schlossen sich über Facebook zur Gruppe „Bewohner der Silberhöhe setzen sich zur Wehr“ zusammen. Mehrere Dutzend Rechtsextremisten versammeln sich in der „Brigade Halle/Saale“. Die Gruppe plant eine Demonstration gegen Flüchtlinge und unterhält Verbindungen zu rechtsextremen Gruppen.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat inzwischen einen Beobachtungsvorgang zur Brigade Halle/Saale angelegt. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sie im Visier. Keiner könne sagen, welche „gruppenspezifischen Prozesse“ in Deutschland gerade losgetreten würden, warnt ein Ermittler. Auch der NSU habe einst mit Propagandadelikten und Bombenattrappen angefangen.

Cheickna Hamala Fadiga hat seine eigenen Regeln für den Alltag in Halle entwickeln müssen. Die erste lautet: „Angst ist gut. Sie schützt dich.“ Wenn der Mann aus dem westafrikanischen Mali durch die Stadt läuft, ist die Angst sein Begleiter. „Bin ich hier sicher?“, fragt sich der

23-Jährige. Manche Orte wie das Fußballstadion oder den Stadtteil Silberhöhe meidet er. Die zweite Regel ist: „Wenn sie nach dir rufen – Na, Neger, was machst du hier?“ –, erhebst du deine Stimme. Klar und laut.“ „Redet ihr mit mir?“, fragt Fadiga dann. Das ist die dritte Regel: „Du musst Angst haben, aber du darfst sie nicht zeigen, sonst haben sie dich.“

Fadiga wohnt seit drei Jahren in Halle, er kam als Flüchtling. Am Bahnhof habe ihn vor zwei Jahren eine Gruppe junger Männer angepöbel. Er habe seine Regeln befolgt und die Stimme erhoben, sodass ihn Passanten hören konnten. „Meint ihr mich?“ Sie schlugen ihm ins Gesicht, so erzählt er es, er rannte blutend weg. Sein Fahrrad ließ er zurück, sie traten es kaputt.

Fadiga sitzt auf dem Vorplatz der Universität. Die Sonne scheint, Studenten spielen Gitarre. Fadiga möchte studieren. Gerade holt er seinen Schulabschluss nach. Vor ein paar Monaten traf er den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff. Der CDU-Politiker sprach von Einwanderung als Chance, von Willkommenskultur, erinnert sich Fadiga. „Wo ist hier Willkommenskultur, wenn wir um unsere Sicherheit fürchten?“

Mengerskirchen: Feindbild Islam

Die Anti-Asyl-Agitatoren wollen Angst verbreiten, Unruhe stiften, den Zuzug von Flüchtlingen aufhalten. Ihre Propaganda arbeitet mit Ressentiments gegen Schwarze, Roma, Muslime. Muslimischen Asylbewerber wird etwa eine Nähe zur Terrororganisation „Islamischer Staat“ unterstellt, dabei sind etliche Schutz Suchende gerade vor dieser Gruppe geflohen.

Muslimen galt auch der Anschlag, den der Zeitungsausträger Hans-Werner Marek am frühen Morgen des 1. Juli als Erster bemerkte. Vor einem Einfamilienhaus in Mengerskirchen, Hessen, fand er die Hälfte eines Schweinskopfs auf der Treppe, weitere Schlachtabfälle eines Schweins verteilt um das Gebäude. 15 Flüchtlinge sollten in das Haus einziehen. „Go Home“, war mit roter Farbe an die Wand geschmiert. „Ich habe mich wirklich geschämt, Deutscher zu sein“, sagt Marek.

Drei Wochen nach dem Vorfall empfing Hauseigentümer Franz Lugert die ersten Bewohner in der Unterkunft, eine syrisch-palästinensische Familie mit fünf Jahre alten Zwillingen und einem Baby. Lugert wollte ihnen keine Angst machen, er hat von dem Anschlag nichts erzählt.

Auch Aktivisten und Politiker vor Ort, die sich für Flüchtlinge einsetzen, werden Ziel von Schikanen. Rechte Gruppen wie der „Dritte Weg“ versuchen, Bürgerversammlungen zum Thema Asyl zu stören. Vor wenigen Tagen eskalierte auf diese Weise ein Gesprächsforum in Ludwigs-hafen am Rhein, zu dem die Präsidentin des Deutschen Städtetags, die CDU-Politikerin Eva Lohse, geladen hatte. Vor Veranstaltungsbeginn, berichtet die Polizei, hätten Kader des Dritten Wegs Flugblätter gegen „Asylantenheime“ verteilt. Die Diskussion selbst hätten die Rechtsextremisten durch Buhrufe, Gelächter und Beleidigungen torpediert, sagen Teilnehmer. Flüchtlinge seien als kriminell verunglimpft, ihre Unterstützer niedergebrüllt worden. „Ich habe so etwas noch nicht erlebt“, sagt Lohse.

Viele rechte Gruppen nutzen das Internet, um Stimmung zu machen. Auf Facebook-Seiten wie „Deutscher Patriotischer Widerstand“ oder „Freital wehrt sich“ verbreiten Rassistinnen menschenverachtende Parolen.

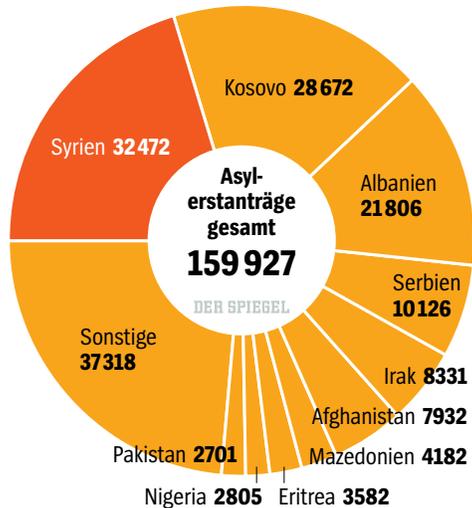
Christiane Schneider, Leiterin des Bereichs Politischer Extremismus der öffentlichen Beobachtungsstelle jugendschutz.net, sagt, die Zahl von Internetseiten mit rassistischem Inhalt habe in den vergangenen Monaten stark zugenommen. „Es gibt ein bundesweites Netz solcher Seiten“, sagt Schneider. Viele bewegten sich auf dem „schmalen Grat zwischen erlaubter Meinungsäußerung und Volksverhetzung“.

Häufig ist es auch unverhohlener Rassismus. Ein Glatzkopf aus dem Allgäu hetzt auf Facebook: „Weil das verschissne jüdenpack und moslemgematsche uns immer mehr vereinnahmt ... wir sind die ... die keine Zukunft mehr haben in unserem Land ... drum ran ans Gewehr Kameraden oder was euch auch für ne Waffe in die Hände kommt ... nutzt sie und wehrt euch ... wir müssen die Maden auslöschen!!!!!!“ Ein Mann aus Waldenburg in Sachsen droht: „HE DU SCHMAROTZE... bin

Hauptherkunftsländer

Asylbewerber im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni

Quelle: Bamf



„Campus für Asylbewerber“

Linke Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow, 59, will Ressentiments mit Integration bekämpfen.

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, Ihr Stuttgarter Amtskollege Winfried Kretschmann hat vorgeschlagen, Flüchtlinge in das bevölkerungsarme Ostdeutschland zu schicken. Haben Sie Kapazitäten?

Ramelow: Die Probleme einfach nur weiterzugeben wird zur Katastrophe führen. Kretschmann weiß selbst, dass er den Schlüssel zur Verteilung der Flüchtlinge gar nicht außer Kraft setzen kann.

SPIEGEL: Es wäre ja leider für die Flüchtlinge auch gefährlich. Laut einer Umfrage Ihrer Staatskanzlei glauben 48 Prozent der Thüringer, die Bundesrepublik sei überfremdet und durch die vielen Ausländer gefährdet.

Ramelow: Man muss zur Kenntnis nehmen, dass ausgerechnet dort, wo es kaum Ausländer gibt, die Angst vor ihnen am größten ist. Deswegen hilft es nicht, einfach nur Flüchtlinge in den Bus zu setzen und irgendwohin zu transportieren. Wenn man das Klima nicht beachtet, dann haben wir ganz schnell so etwas wie Freital und Meißen – und das würde mir Sorgen machen.

SPIEGEL: Damit erreichen die Fremdenfeinde ihr Ziel, dass weniger Menschen zu ihnen geschickt werden.

Ramelow: Wir müssen durch Integration eine andere Stimmung in den Orten erzeugen. Arbeitsprogramm meiner Regierung ist es, aus Flüchtlingen Neubürger zu machen. Es geht um Zuwanderungspolitik. Unsere Handwerksbetriebe warten händeringend auf junge Leute, die motiviert sind, die sich ausprobieren.

SPIEGEL: Warum ist gerade Ostdeutschland so anfällig für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit?

Ramelow: Schon in der DDR gab es eine seltsame Mischung aus einer latenten Ausländerfeindlichkeit und dem Anspruch von Internationalität. Wenn Vietnamesen als Fidschis bezeichnet werden, dann hat das eine ausländerfeindliche Tonalität. In der Regel lebten diese Menschen in gettoisierten Unterkünften. Es gab im Osten eine innere Auf-sich-Bezogenheit, die dann durcheinander geraten ist, als es nach der Wende erstmals normalen Zuzug von Bürgern anderer Nationalitäten gab. Flüchtlinge werden heute erst mal als Bedrohung wahrgenommen.

SPIEGEL: Der Osten leidet unter dem demografischen Wandel. Wäre Zuwanderung nicht ein Segen?

Ramelow: Sicher. In den vergangenen 20 Jahren hat Thüringen 320 000 Einwohner netto verloren. Wir haben eine enorme Abwanderung von jungen, gut ausgebildeten Leuten nach Westdeutschland. Im ländlichen Raum haben wir Gebiete, in denen Häuser leer stehen, die unverkäuflich sind. Allein in den nächsten zehn Jahren brauchen wir 200 000 Fachkräfte. Also ja, wir brauchen Zuwanderung. Jeder, der motiviert ist, muss eingeladen sein, sich in Thüringen aufgehoben zu fühlen. Deswegen müssen wir um das Klima kämpfen, wir dürfen das nicht den Pegidas und den Stammtischen überlassen.

SPIEGEL: Ist dafür ein neues Ausländerrecht nötig?

Ramelow: Wir brauchen eine schnellere Entscheidung, wer als Flüchtling anerkannt wird. Die Menschen, etwa aus Syrien und Irak, bekommen dann ja automatisch eine Arbeitsgenehmigung. Und wir brauchen auch ein beschleunigtes Recht auf Einbürgerung, wenn Deutschkenntnisse da sind und Menschen hier einen Job gefunden haben. Wenn Neubürger in den Betrieben ankommen und als Bereicherung wahrgenommen werden, wird sich das Grundklima in unserem Land positiv ändern.

SPIEGEL: Was tragen Sie in Thüringen dazu bei?

Ramelow: Aktuell bauen wir etwa die Görmar-Kaserne in Mühlhausen zum

Bildungs- und Integrationscampus aus. Das ist einmalig in Deutschland.

SPIEGEL: Was ist das Besondere daran?
Ramelow: Die Erstaufnahmestelle und das Bundesamt für Migration mit seinen Beamten, die die Arbeitsgenehmigungen beschleunigen, befinden sich auf einem Gelände. Es wird eine Schule geben für die Deutschkurse und nebenan eine Berufsschule. Alles, was hilft, Integration zu fördern und Fremdenfeindlichkeit abzubauen, wollen wir dort ermöglichen.

SPIEGEL: Die Asylbewerberzahlen steigen weiterhin rasant. Wie soll es weitergehen?

Ramelow: Nirgendwo auf der Welt gibt es unbegrenzt Kapazitäten. Und es ist keine Option, unbegrenzt die Flüchtlingsströme laufen zu lassen. Man muss Kosovaren und Albanern in ihrer Heimat eine Chance auf Arbeit geben. Man kann nicht die ganze Bevölkerung loswandern lassen. Wo wir außenpolitisch Einfluss nehmen können, wie in Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina, da dürfen wir diese Staaten nicht nur formal zum sicheren Herkunftsland deklarieren, sondern müssen dafür sorgen, dass sie tatsächlich sichere und sozial ausgewogene Länder werden. Aber wenn die Menschen schon da sind, finde ich es falsch, sie wie in Bayern in Lager zu stecken.

Interview: Steffen Winter



Landeschef Ramelow



Hetze gegen Flüchtlinge auf Facebook: Ungeniert mit Klarnamen

nächsten Sonntag in Freital ... ich Krieg dich du abartiges Drecksvieh!!!! Wenn die Polizei nicht handelt, handel ICH. Ich erwisch dich Du Dreckvieh.“ Und eine Frau schreibt: „Laut Medien sollen Flüchtlinge in Buchenwald untergebracht werden ... Muss nur das Gas wieder aufgedreht werden.“

Viele stellten ihre Hasstiraden ganz ungeniert mit ihrem Klarnamen ins Netz, sagt Jugendschützerin Schneider. „Das Ganze hat einen gewissen Status der Normalität erreicht.“

Tegernsee: Protest des Bürgertums

Rassismus ist nicht auf das Neonazi-Milieu begrenzt, auf Plattenbausiedlungen oder Menschen mit niedrigem Bildungsgrad. Ressentiments gegen Flüchtlinge gibt es auch im Bürgertum, unter Reichen und sehr Reichen.

Wer in der Region Tegernsee in Oberbayern lebt, gehört zum gehobenen Mittelstand. Unternehmer, Anwälte, Ärzte wohnen hier zwischen türkisblauem Wasser und grünen Bergen.

Ein Teil der dortigen Bürger traf sich bislang regelmäßig in der Turnhalle der Gemeinde Waakirchen zum Kegeln, oft mehrmals im Monat. Die Kegelfreunde bescherten dem Pächter des „Kegelstüberls“,

Stefan Heufelder, ein ordentliches Einkommen. Doch seit die Behörden Ende April 21 Flüchtlinge im Keller der Turnhalle untergebracht haben, bleibt Kundschaft aus.

Aufgebrachte Gäste riefen stattdessen bei Heufelder an. Sie klagten, sie wollten nicht Schulter an Schulter mit „Schwarzen“ am Pissoir stehen. Oder ihnen gar bei der Raucherpause vor dem Gasthaus begegnen. Heufelder haben die Reaktionen seiner Kundschaft entsetzt. „Das sind doch Menschen aus besseren Kreisen“, sagt er. „Da würde man so etwas nicht denken.“

Im Ort verbreiteten sich Gerüchte: Die Asylbewerber aus Syrien, Eritrea, Mali und Senegal würden Krankheiten einschleppen. Die Eltern von Grundschulern forderten die Gemeinde auf, den Sportplatz mit einem Bauzaun und Sichtschutz von der Turnhalle abzutrennen, angeblich um die Privatsphäre der Flüchtlinge im Souterrain zu wahren.

Waakirchens Bürgermeister Sepp Hartl versuchte, Ressentiments abzubauen. „Die Flüchtlinge haben zwar eine andere Hautfarbe, aber sind doch auch Menschen mit Herz und Seele“, sagte er dem Bayrischen Rundfunk. Nun erhält er Drohbriefe.

Hartl will im Ort Container für die Flüchtlinge aufstellen. Bei einer Bürgerversammlung im Mai schlug ihm deshalb Protest entgegen. Eigentümer fürchten,

ihre Grundstücke könnten durch Asylunterkünfte in der Nachbarschaft an Wert verlieren.

Politik und Gesellschaft würden Ressentiments gegen Flüchtlinge zu häufig hinnehmen, kritisiert der Konfliktforscher Andreas Zick. Der Staat habe Sexismus und Homophobie zurückgedrängt, doch Stereotype über Asylbewerber würden von der Politik zu wenig bekämpft. Gerade Bildungsbürger würden Flüchtlinge oft als ökonomisch wertlos betrachten, sagt Zick.

Die wenigsten Asylfeinde haben jemals Kontakt zu Flüchtlingen. Sie wissen wenig über das Schicksal der Schutzsuchenden, über deren oft lebensgefährliche Odyssee nach Deutschland. Die Ahnungslosigkeit erleichtert es, die Menschen als bedrohlich zu dämonisieren.

Hilden: Stigma Flüchtling

Das Schlimmste, sagt Osman, sei das Warten. „Das Warten macht uns krank.“ Seit sieben Monaten lebt Osman, 32, IT-Experte aus Syrien, in einem Flüchtlingsheim in Hilden, einem Vorort von Düsseldorf. Er teilt sich ein kleines Zimmer mit drei anderen Männern und sehnt die Entscheidung der Behörden über seinen Asylantrag herbei.

Einzelne Kommunen wie Leverkusen oder Wuppertal bringen Asylbewerber überwiegend in Wohnungen unter. In der Regel jedoch quartieren die Behörden die Menschen in sogenannten Sammelunterkünften ein – in Schulen, Turnhallen, Containern am Stadtrand. Die Flüchtlinge fühlen sich in den Lagern oft von der Gesellschaft isoliert.

Die Bewohner in der Unterkunft in Hilden klagen, sie würden von Mitarbeitern des Ausländeramts schikaniert. Eine Flüchtlingsfrau erzählt, Helfern aus dem Ort sei es verboten worden, eine Waschmaschine zu spenden. Das Amt bestreitet dies.

Osman spricht perfekt Englisch. Er würde gern arbeiten, Geld für seine Familie verdienen, die seit der Flucht aus Syrien im Libanon festsitzt. Doch das Gesetz erschwert Flüchtlingen die Suche nach Arbeit. Zwar dürfen Asylbewerber inzwischen drei Monate nach ihrer Ankunft eine Arbeit annehmen, aber Arbeitgeber müssen in den meisten Fällen nachweisen, keinen geeigneten deutschen oder EU-Bewerber gefunden zu haben, bevor sie einen Asylbewerber einstellen können.

Politiker fordern von den Menschen in Deutschland Solidarität mit den Geflüchteten. Dabei sind öffentliche Stellen nicht unbeteiligt an der Konstruktion rassistischer Feindbilder. Bei Personenkontrollen an Bahnhöfen und in Zügen werden besonders häufig Menschen dunkler Hautfarbe kontrolliert. Die Vereinten Nationen



Zerstörte Asylunterkunft in Remchingen: „Wir sind beschämt“

haben diese deutsche Praxis als eine Form von „Racial Profiling“ gerügt.

Anfang Juli, wenige Tage nachdem in Meißen die Asylunterkunft brannte, hat der Bundestag eine Verschärfung des Asylrechts beschlossen. Künftig können Flüchtlinge, die mithilfe von Schleppern nach Deutschland gelangen, die Grenzkontrollen umgehen, ihren Pass verlieren oder falsche Angaben gegenüber Behörden machen, inhaftiert werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagt, die Härte gegenüber Neuankömmlingen sei nötig, um „die Zustimmung zur Zuwanderung und der Aufnahme von Schutzbedürftigen in Deutschland zu sichern“. Als würden die Bürger die Asylpolitik eher akzeptieren, wenn manche Flüchtlinge interniert werden.

Remchingen: Ende einer Illusion

Das Gerippe des Dachstuhls ist von Weitem sichtbar, wie ein Mahnmal heben sich die schwarzen Balken vom Blau des Sommerhimmels ab. Aus der Nähe sind Details zu erkennen, die auf die Gewalt des Feuers schließen lassen: Auf dem Boden liegen zerbrochene Dachziegel, die Fassade über den Fensteröffnungen ist verrußt.

In das Gebäude in Remchingen bei Karlsruhe hätten demnächst Flüchtlinge einziehen sollen. Noch sind die Täter nicht ermittelt, noch ist nicht geklärt, wodurch

das Feuer tatsächlich ausgelöst wurde, doch die Kriminalpolizei Karlsruhe hält Brandstiftung für wahrscheinlich. Der Brand in der Nacht zum Samstag vor einer Woche hat nicht nur die Unterkunft zerstört, sondern auch endgültig eine Illusion: dass rechte Übergriffe im Osten passieren mögen, aber nicht in der eigenen Nachbarschaft im Westen.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat in der Flüchtlingspolitik bislang vieles richtig gemacht. Das Land verfügt über ein Integrationsministerium. Der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann veranstaltet Flüchtlingsgipfel mit Vertretern aus Gesellschaft und Kommunen, um den Zusammenhalt zu stärken.

Der Schock über das Feuer in Remchingen ist nun umso größer. Kretschmann spricht von einem „niederträchtigen Brandanschlag“. Der Landrat sagt: „Wir sind beschämt, dass so etwas bei uns passiert ist.“

Remchingens Bürgermeister Luca Prayon sitzt wenige Tage nach dem Vorfall ratlos in seinem Dienstzimmer. Er sieht erschöpft aus. Was ist schiefgelaufen?

Prayon erzählt von den Dingen, die gut laufen in seiner Gemeinde. Noch eine Woche vor dem Brand haben Einheimische und Flüchtlinge ein Hoffest gefeiert. Für den Sonntag hat der Gemeinderat zu einer Kundgebung für eine „weltoffene und pluralistische Gemeinde“ eingeladen. Auch eine Schweigeminute soll es geben.

Aber es war womöglich kein Zufall, dass es in Remchingen gebrannt hat. Die Region gilt seit Jahren als Hochburg rechter Parteien. Hauseigentümer, die ihre Immobilien als Flüchtlingsunterkünfte an die Gemeinde verkaufen wollten, erhielten Drohbriefe. Kurz nach dem Brand steckten Kameraden von „Die Rechte Enzkreis“ Flugblätter in die Briefkästen. „Betrug hat viele Gesichter“, ätzten sie. Und: „Wozu teure Integrationskurse?“

In einer Nachbargemeinde formiert sich eine Initiative gegen Flüchtlinge. Sie will per Bürgerbegehren eine Asylunterkunft verhindern. Die nötigen Stimmen für den Entscheid kamen schnell zusammen.

Matthias Bartsch, Sven Becker, Jan Friedmann, Conny Neumann, Maximilian Popp, Anna Reuß, Jörg Schindler, Barbara Schmid, Timo Steppat, Andreas Wassermann



SPIEGEL-SERIE

Mit dieser Titelgeschichte beginnt eine Serie über den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und Europa.

Lesen Sie in der kommenden Woche einen Report über Urlaubsorte im Mittelmeerraum, wo Touristen und Flüchtlinge, Luxus und Elend aufeinandertreffen.